



Die gesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Soziale Partizipation, politische Partizipation und parlamentarische Repräsentation

Elisa Deiss-Helbig
Andreas M. Wüst

Oktober 2020



Ein erheblicher und zunehmender Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland besitzt einen Migrationshintergrund. Jüngere empirische Befunde zeigen, dass diese sich unterdurchschnittlich politisch beteiligen und in den Parlamenten unterrepräsentiert sind.

In einer Demokratie ist es maßgeblich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlich und politisch beteiligen dürfen und dies auch tun. Beteiligen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in geringerem Maße als andere, besteht die Gefahr, dass ihre Interessen kaum oder gar nicht berücksichtigt werden und damit politische Gleichheit als einer der Grundpfeiler der Demokratie geschwächt wird.

Zudem können ungleiche politische Beteiligungsraten Konsequenzen für das Vertrauen einiger Gruppen in das politische System haben und die parlamentarische Demokratie in Frage stellen.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Modellprojektes *BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!* Methoden zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an Demokratie und Gesellschaft konzipiert und erprobt.

Ziel dieses Beitrages ist es, eine Ausgangsanalyse zur Partizipation und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund zu liefern. Zusammengetragen werden zentrale Ergebnisse bereits vorliegender Studien zur sozialen und politischen Beteiligung sowie parlamentarischen Repräsentation.

Im Zusammenspiel mit Beobachtungen und Analysen von Praxisprojekten sollte beim Abschluss von *BePart* klarer werden, welche Ansätze und Instrumente der Partizipationssteigerung bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders erfolgversprechend sind.

Gefördert von



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	2
Einleitung.....	3
1. Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland.....	5
2. Erklärungsansätze für die gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.....	9
3. Soziale Beteiligung	11
4. Politische Beteiligung	14
5. Politische Repräsentation	17
Literaturverzeichnis.....	20
Abbildungsverzeichnis.....	25

Abkürzungsverzeichnis

ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e.V.
BiB	Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
BMFSFJ	Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ESS	European Social Survey
GLÉS	German Longitudinal Election Study

“In short, concern for democratic equality forces us not only to inquire how many people are bowling and whether they do so solo or in leagues, but also to ask who bowls.”

Schlozman et al. 1999

Einleitung

Ein erheblicher und zunehmender Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland besitzt einen Migrationshintergrund. Hatten laut Mikrozensus im ersten Jahr der Einführung des Konzepts Migrationshintergrund (2005) noch knapp ein Fünftel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund (18,6 %), so ist dieser Anteil mittlerweile auf über ein Viertel (25,5 %) gestiegen (Mikrozensus 2018).

In einer Demokratie ist es maßgeblich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger gesellschaftlich und politisch beteiligen dürfen und dies auch tun. Doch selbst viele Wahlberechtigte machen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch. Jüngere empirische Befunde zeigen, dass es eine zunehmende soziale Ungleichheit bei der politischen Beteiligung gibt – vor allem Menschen mit vergleichsweise niedrigem Bildungsgrad und Einkommen, aus ärmeren Stadtteilen (Schäfer 2015), aber auch Menschen mit Migrationshintergrund beteiligen sich unterdurchschnittlich (Müssig 2020). Beim bürgerschaftlichen Engagement sind ebenfalls große Unterschiede nach Bildungsgrad und Migrationshintergrund feststellbar, aber auch nach Alter und Geschlecht (Simonson et al. 2016). Und schließlich bestehen auch bei der Repräsentation Beteiligungslücken verschiedener gesellschaftlicher Gruppen; häufig thematisiert wird die Unterrepräsentation von Frauen (Deiss-Helbig 2017b; Ministerium für Soziales und Integration 2020) und von Menschen mit Migrationshintergrund (Schönwälder et al. 2011; Wüst 2014b).

Die Tatsache, dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in geringerem Maße beteiligen als andere, ist in mehrfacher Hinsicht ein Problem. Neben der Frage der Chancengerechtigkeit (Rawls 1979) werden in der Forschung insbesondere zwei Aspekte thematisiert: Erstens besteht bei Beteiligungsdefiziten die Gefahr, dass bestimmte Interessen kaum oder gar nicht mehr berücksichtigt werden und damit politische Gleichheit als einer der Grundpfeiler der Demokratie geschwächt wird (Dahl 1998; Phillips 1995). Deutlich wird dies beispielweise darin, dass politische Entscheidungen seltener den Interessen von einkommensschwachen als von einkommensstarken Gruppen entsprechen (Elsässer et al. 2017; Peters & Ensik 2015). Zweitens können ungleiche politische Beteiligungsraten mittel- bis langfristig Konsequenzen für die Präsenz einiger Gruppen in der parlamentarischen Demokratie haben. Nur wenn die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen in Parlamenten artikuliert und zumindest potenziell Eingang in die Gesetzgebung finden können, bleibt das Vertrauen dieser Gruppen in das politische System erhalten (Gay 2002; Blätte & Wüst 2017).

Für die Forschung ist politische Beteiligung zusehends schwerer von der umfassenderen gesellschaftlichen bzw. sozialen Beteiligung abgrenzbar. Unter sozialer Beteiligung versteht man Aktivitäten, die „unentgeltlich, freiwillig und gemeinsam mit anderen ausgeführt [werden und dazu] dienen [...], an der Gestaltung kollektiver Angelegenheiten mitzuwirken“ (Gabriel & Völkl 2008). In dieser Definition wird die Überschneidung sozialer und politischer Beteiligung deutlich.

Unterschiede zur politischen Partizipation liegen unter anderem darin, dass politische Institutionen oder Akteure nicht berücksichtigt werden, die Definition sehr breit gefasst ist und daher formale Mitgliedschaften in Vereinen oder Interessensgruppen, aber auch die aktive Teilnahme am Organisationsleben oder die Unterstützung von Mitmenschen beinhaltet (Gabriel & Völkl 2008). Die Forschungsliteratur zu sozialer Partizipation weist darauf hin, dass sie dazu beitragen kann, grundlegende soziale Kompetenzen sowie demokratische Werte und Normen (z.B. Toleranz, soziales Vertrauen, Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien, Kooperation) zu vermitteln (Roßteutscher 2009). Soziale Beteiligung kann so, ganz im Sinne von Tocqueville, als „Schule der Demokratie“ und somit als eine Grundlage politischer Partizipation betrachtet werden (van Deth 2001b).

Politische Beteiligung und Repräsentation können durch soziale Partizipation gefördert werden, weil Vereine und Gruppen als Orte fungieren, aus denen soziale Netzwerke entstehen, die wiederum zur Rekrutierung für politische Beteiligung und Repräsentation dienen können (Roßteutscher 2009; Verba et al. 1995). Befunde der Beteiligungsforschung zeigen, dass soziale und politische Partizipation fast immer direkt und positiv miteinander verbunden sind. Der Politikwissenschaftler Jan van Deth spricht deswegen bezüglich dieser beiden Beteiligungsformen als wechselseitige Ergänzung oder Zwillinge (van Deth 2001b). Auch die Übernahme politischer Mandate baut häufig auf Erfahrungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen auf (Herzog 1975; Norris 1997; Schmitz & Wüst 2011: 828).

Auf der Grundlage dieser Befunde der sozialwissenschaftlichen Partizipations- und Repräsentationsliteratur dürften sich auf folgende Fragen erste Antworten geben lassen: (1) Inwieweit partizipieren Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt und nach unterschiedlichen soziodemografischen Charakteristika wie Herkunftsland und Geschlecht? (2) Spiegeln sich die empirischen Befunde zur sozialen Selektivität aus der Partizipationsforschung auch in den Beteiligungsmustern von Menschen mit Migrationshintergrund? (3) Greifen partizipationsfördernde Instrumente, insbesondere die Vermittlung relevanter Kenntnisse und Ansätze der Motivierung und Mobilisierung auch bei Menschen mit Migrationshintergrund? Im Zusammenspiel mit Beobachtungen und Analysen von Praxisprojekten sollte schließlich klarer werden, welche Ansätze und Instrumente der Partizipationssteigerung bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders erfolgversprechend sind.

Einige wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich bisher intensiver mit Fragen der politischen Partizipation und Parteiwahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland beschäftigt (Wüst 2002, 2011; Hunger & Candan 2009; Müssig & Worbs 2012; Müssig 2020; Spies et al. 2020), doch weder in der politischen noch in der sozialen Partizipationsforschung sind Analysen nach Migrationshintergrund Standard. Insbesondere Analysen der kommunalen Ebene sind die Ausnahme (Haußmann 2009; Klinger 2001). Die Repräsentationsforschung hat demgegenüber schon verschiedene politische Ebenen betrachtet (Wüst & Heinz 2009; Schönwälder et al. 2011; Schmitz & Wüst 2011; Schönwälder 2013; Wüst 2014a, 2014b, 2016; Markowis 2016; Deiss-Helbig 2017a; Blätte & Wüst 2017; Ceyhan 2018), doch kann auch hier trotz vielfältiger, oft explorativer Forschung nicht von einem konsolidierten Forschungsstand gesprochen werden.

Ziel dieses Beitrages ist es daher, zentrale Ergebnisse bereits vorliegender Studien zur sozialen und politischen Beteiligung sowie parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund zusammenzutragen. Wir werden dabei in fünf Schritten vorgehen: (1) Zunächst beschreiben wir die Zusammensetzung der sehr heterogenen Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund und zeigen so die Größenordnung, innere Differenzierung sowie regionalen Unterschiede in Größe und Zusammensetzung auf. Hierzu wird auf Daten des Mikrozensus zurückgegriffen. (2) Nachfolgend stellen wir die Komponenten des zentralen wissenschaftlichen Modells für soziale und politische Beteiligung vor (Verba et al. 1995), auf dessen Grundlage wir (3) die Befunde zu sozialer und (4) politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund strukturieren und näher erläutern. Schließlich beschäftigen wir uns (5) mit den zentralen Mustern der parlamentarischen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

1. Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland

Ende 2018 hatte gut ein Viertel (25,5 %) der Bevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund. Bei etwa zwei Dritteln handelt es sich um Personen mit eigener Migrationserfahrung. Das verbleibende Drittel umfasst Personen mit (familiärer) Zuwanderungsgeschichte mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die in Deutschland geboren sind. Insgesamt hatte etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsbürgerschaft (52 %), wohingegen 48 % keinen deutschen Pass besaßen. Diese Zusammensetzung unterstreicht die Relevanz des im Jahr 2005 vom Statistischen Bundesamt eingeführten Begriffs des Migrationshintergrunds, denn es handelt sich bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mehrheitlich nicht um Personen ohne, sondern mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Abhängig von der jeweiligen Alterskohorte fallen die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung unterschiedlich hoch aus. Abbildung 1 zeigt die jeweiligen Anteile auf Basis der gesamten Bevölkerung und auf Basis der Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft. Während bei den über 75-Jährigen die Anteile unter 10 % liegen, steigen sie bei den unter 10-Jährigen auf über ein Drittel (Gesamtbevölkerung) bzw. über ein Viertel (Deutsche) an. Daneben zeigt sich ein sehr hoher Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei den 30- bis 45-Jährigen. Hierunter befinden sich viele Arbeitnehmende, die erst im Erwachsenenalter nach Deutschland gekommen sind.

Bei Betrachtung der Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund in den Bundesländern (Abbildung 2), fällt zunächst auf, dass diese sich in den 16 Bundesländern erheblich unterscheiden: In den östlichen Bundesländern (Gebiet der ehemaligen DDR) sind sie deutlich niedriger als in den westlichen (Gebiet der ehemaligen BRD: vor allem Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen); auch in den Stadtstaaten sind die Anteile vergleichsweise hoch. Die Stadt-Land-Unterschiede sind durchweg beträchtlich: In deutschen Großstädten (über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner) hat im Durchschnitt über ein Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund, auf dem Land (weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner) sind es weniger als ein Zehntel (Mikrozensus 2018). Bei Gemeinden bis 200.000

Einwohnerinnen und Einwohnern ist ein nahezu linearer Zusammenhang zwischen den sieben Ortsgrößenklassen und dem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund feststellbar.

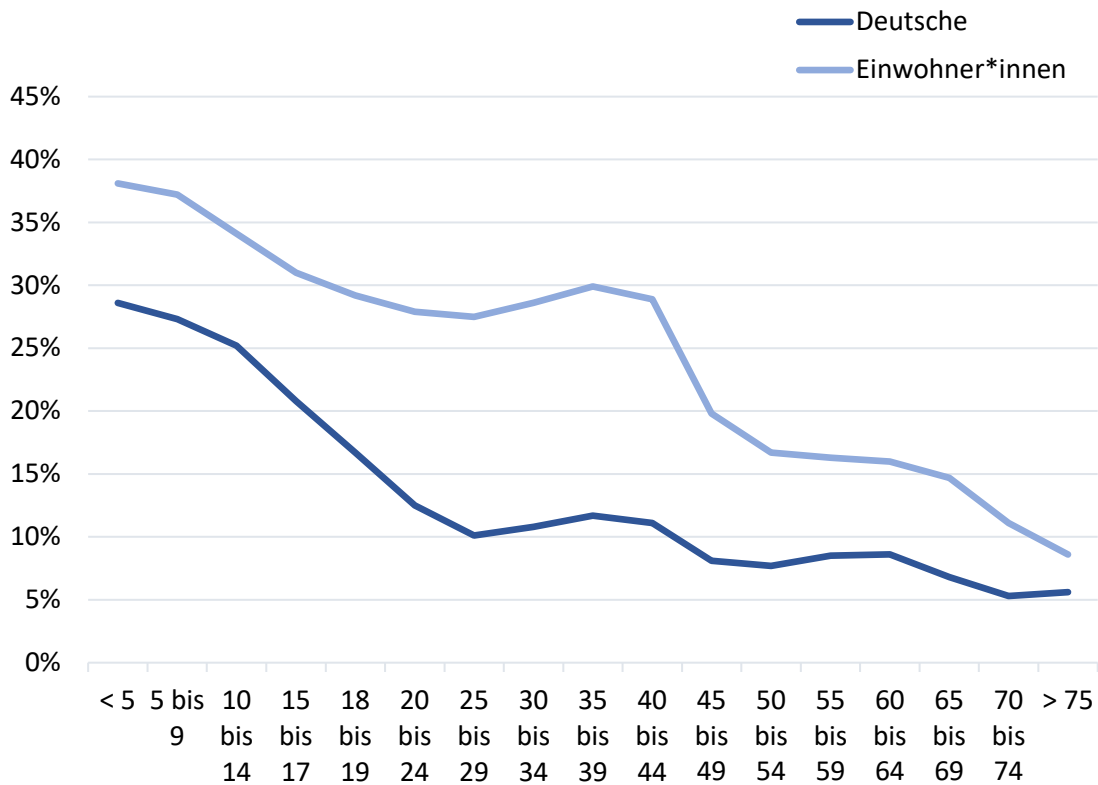


Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern nach Alterskohorten
 Wüst & Faas 2018: 9 (nach Mikrozensus 2016)

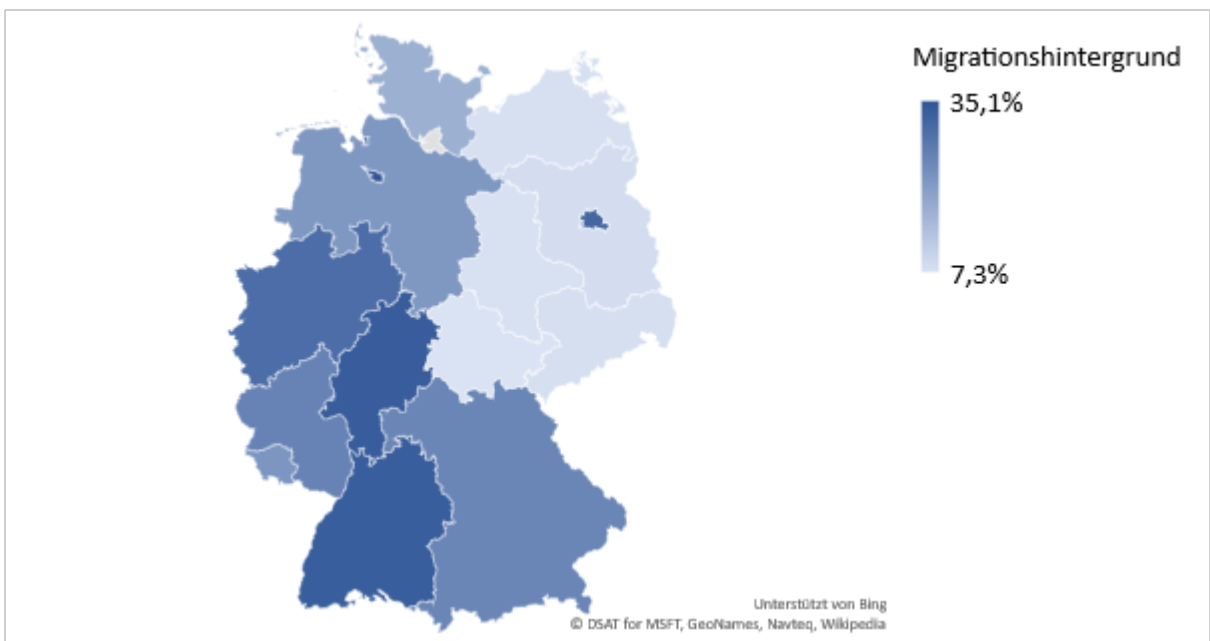


Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern
 Eigene Darstellung nach Mikrozensus 2018

Blickt man auf die Zusammensetzung nach Staatsangehörigkeit (Abbildung 3), dann zeigt sich, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den meisten östlichen Bundesländern sehr viel höher ist als der Anteil derjenigen mit deutschem Pass (v. a. Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern). Diese Unterschiede fallen dagegen in sämtlichen westlichen Bundesländern gering aus. In sieben Bundesländern liegt der Anteil der Deutschen über 50 %.

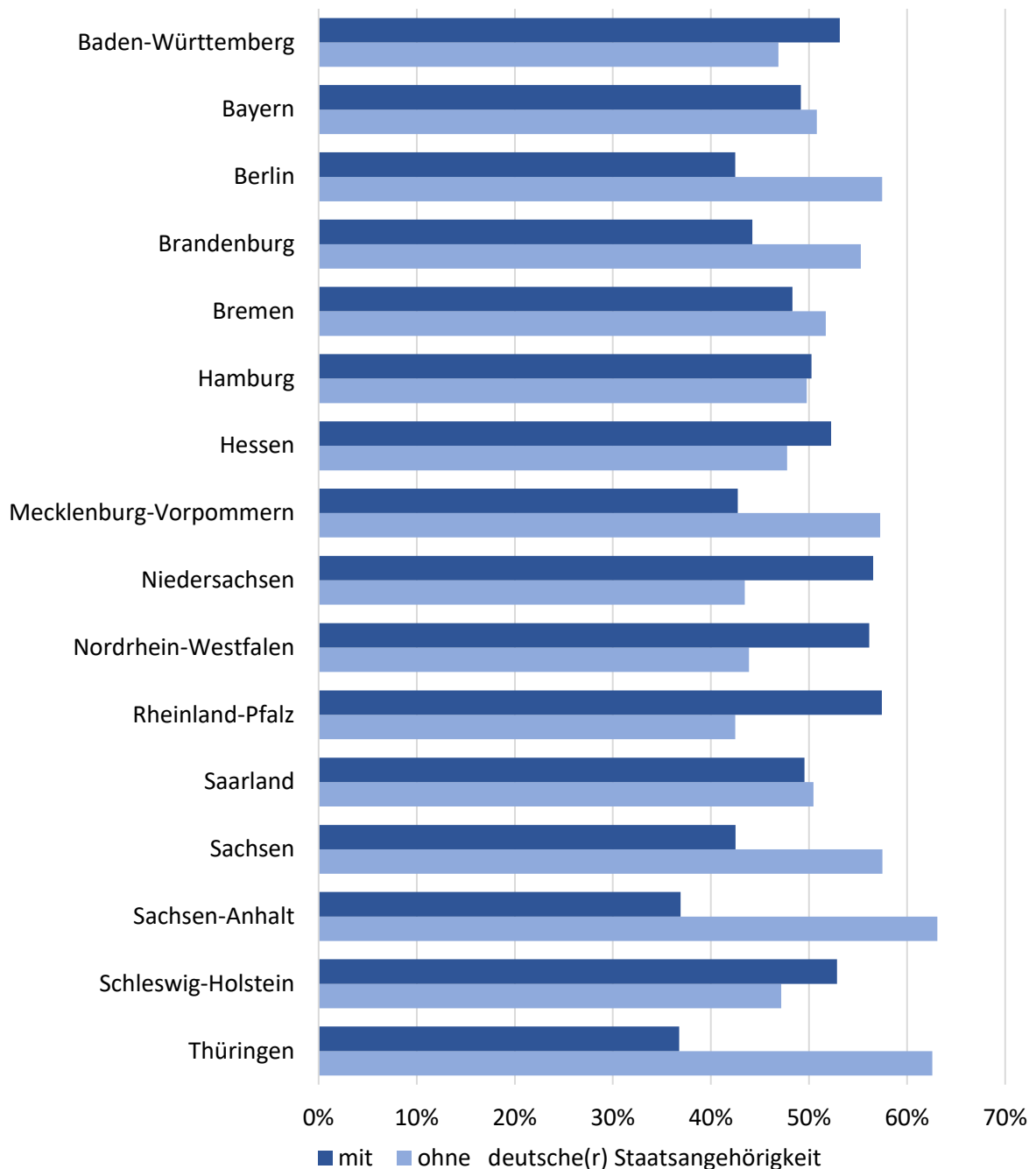


Abbildung 3: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern nach Staatsangehörigkeit
Eigene Darstellung nach Mikrozensus 2018

Diese Zusammensetzung ist zu einem erheblichen Teil auf unterschiedliche Ankunftszeiträume und folglich unterschiedliche Aufenthaltsdauern der ersten Generation (Abbildung 4) zurückzuführen: Während über die Hälfte der Menschen mit eigener Migrationserfahrung, die in den alten Bundesländern leben, sich schon seit mindestens 20 Jahren in Deutschland aufhalten, beträgt dieser Anteil in den neuen Bundesländern weniger als ein Viertel. 45 % der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung in den neuen Bundesländern lebt seit weniger als zehn Jahren in Deutschland; in den alten Bundesländern ist dieser Anteil nur halb so hoch. Diese unterschiedliche Zusammensetzung ist im Hinblick auf das Interesse, die strukturellen Grundlagen und die Möglichkeiten sozialer und politischer Partizipation von Bedeutung.

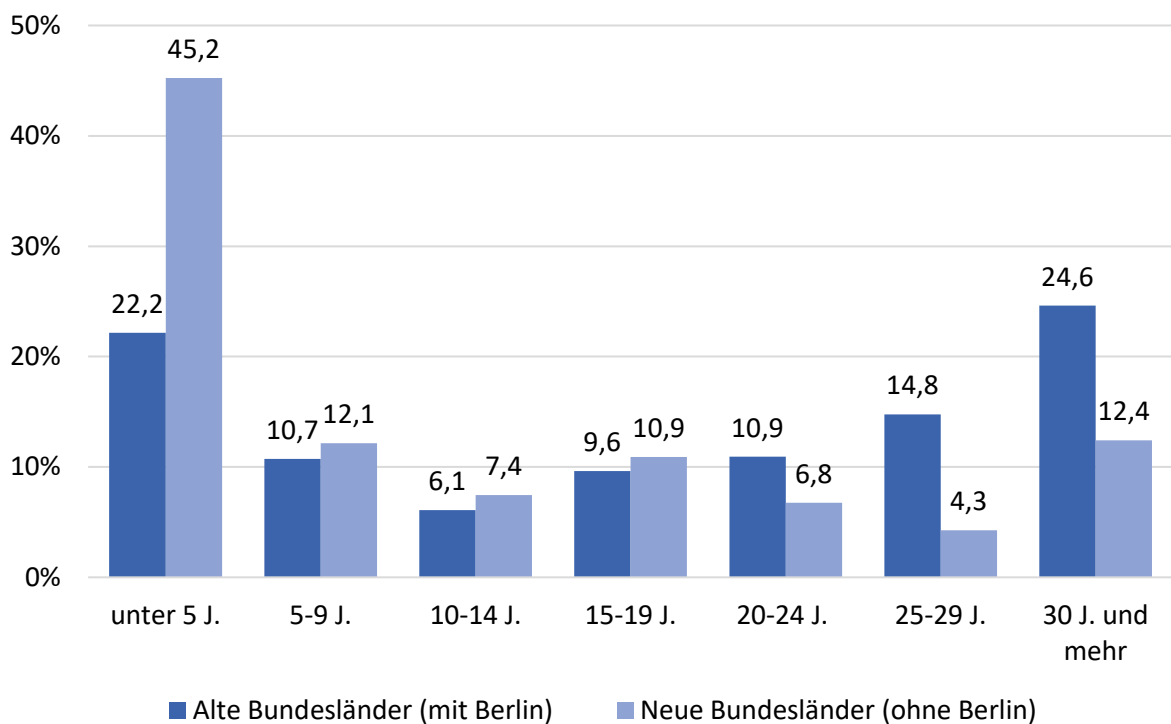


Abbildung 4: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung nach Aufenthaltsdauer sowie alten und neuen Bundesländern

Eigene Darstellung nach Mikrozensus 2018

In Abbildung 5 wird die Zusammensetzung der unterschiedlich großen Bevölkerung mit Migrationshintergrund für die Bundesländer Hessen (2,075 Mio.) und Sachsen (327.000) kontrastiert. Während Personen aus der Türkei in Hessen die größte Gruppe (ca. 288.000) bilden, sind es in Sachsen Menschen aus Syrien (ca. 30.000). Dies belegt einerseits die große Bedeutung der ehemaligen „Gastarbeitenden“ der 1960er und 1970er Jahre in vielen westlichen Bundesländern und die vergleichsweise große Bedeutung von Geflüchteten aus den letzten Jahren in den östlichen Ländern. Und auch wenn viele Menschen mit Migrationshintergrund sowohl in Sachsen als auch in Hessen aus Polen, Kasachstan und der Russischen Föderation stammen, sind diese Personengruppen bzw. deren Eltern zu einem erheblichen Teil zu unterschiedlichen Zeitpunkten (im Westen schon früher und häufiger als Aussiedlerinnen und Aussiedler bzw. Spätaussiedlerinnen und Spätsiedler) in diese beiden Bundesländer eingewandert.

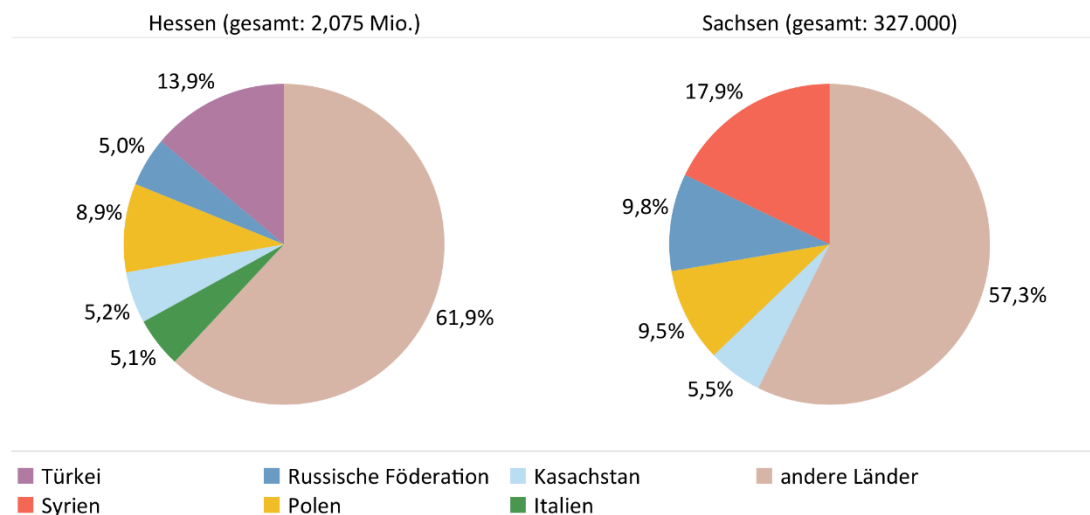


Abbildung 5: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern in Hessen und Sachsen

Eigene Darstellung nach Mikrozensus 2018

2. Erklärungsansätze für die gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund

In ihrem einschlägigen Werk *Voice and Equality* aus dem Jahr 1995 weisen Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady darauf hin, dass die Grenzen zwischen politischer und nicht-politischer (d. h. sozialer) Beteiligung fließend sind. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen üben Funktionen aus, die auch von politischen Institutionen oder Akteurinnen und Akteuren übernommen werden können. Darüber hinaus versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen häufig, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Zudem können die Motive für politische Beteiligung genauso nicht-politischer Natur sein wie diejenigen für soziale Partizipation politischer Natur sein können. Und nicht zuletzt, wie bereits zu Beginn dieses Beitrags angesprochen, können durch zivilgesellschaftliche Beteiligung Kompetenzen und Fähigkeiten erworben werden, die förderlich für politische Partizipation sein können sowie zivilgesellschaftliche Organisationen als Rekrutierungsorte für politische Akteure und Akteurinnen dienen (Verba et al. 1995). Die enge Verzahnung zwischen den zwei Formen sozialen Verhaltens deutet bereits darauf hin, dass Modelle zur Erklärung von Beteiligung für beide Partizipationsformen Anwendung finden sollten.

Zur Erklärung von gesellschaftlicher Beteiligung – ein Verhalten, das darauf abzielt, das gesellschaftliche Leben zu beeinflussen und somit politische und soziale Beteiligung umfasst (van Deth 2014: 352) – wird auf das *Civic Voluntarism Model* von Sidney Verba und Kollegen zurückgegriffen (Brady et al. 1995; Verba et al. 1995). Bei diesem Modell handelt es sich um eine Weiterentwicklung von früheren Erklärungsmodellen, die hauptsächlich auf den sozioökonomischen Status (Bildung, Einkommen, Berufsstatus) einer Person abgezielt haben, um sowohl politische als auch soziale Beteiligung zu erklären. Dem *Civic Voluntarism Model* liegt – dem ersten Eindruck nach möglicherweise kontraintuitiv – die Frage zugrunde, warum Individuen **nicht** partizipieren.

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf drei Teilaspekte fokussiert: Sie beteiligen sich nicht, weil sie „nicht können“, weil sie „nicht wollen“ und weil „keiner sie gefragt hat“.

Der **erste Aspekt** bezieht sich auf Unterschiede in der materiellen, aber auch intellektuellen Ressourcenausstattung von Individuen. Als wichtige Ressourcen werden hier Zeit, Geld und „civic skills“ (staatsbürgerliche Fähigkeiten) genannt. Letztere umfassen vor allem Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten. Verba, Schlozman und Brady weisen darauf hin, dass diese Ressourcen stark vom sozioökonomischen Status einer Person abhängig sind. Ein höheres formales Bildungsniveau, höheres Einkommen sowie ein höherer Berufsstatus führen demnach zu einer besseren Ressourcenausstattung, was wiederum die Wahrscheinlichkeit zur Beteiligung erhöht. Fehlt diese Ausstattung, dann „können“ Menschen nicht so gut partizipieren. Der **zweite Aspekt** „Weil sie nicht wollen“ fokussiert auf die fehlende Motivation für politische Beteiligung, etwa in Form von politischem Interesse, Wahrnehmung politischer Effektivität (z. B. dass die eigene Beteiligung Einfluss auf Regierungshandeln und Politikergebnisse hat) oder interpersonaler Kommunikation (d. h. direkte Kommunikation zwischen Personen). Für den **dritten Aspekt** des „nicht-gefragt Werdens“ ist die soziale Einbindung von besonderer Bedeutung. Soziale Netzwerke vermitteln „einerseits Beteiligungsmotive und Ressourcen [...] und [mobilisieren] andererseits zum gemeinschaftlichen Handeln“ (Gabriel & Völkl 2008).

Insbesondere im Hinblick auf politische Beteiligung haben Verba und Kollegen darauf hingewiesen, dass sich die verschiedenen Komponenten des Modells auch gegenseitig (im negativen Sinne) verstärken können. So besteht die Gefahr, dass gerade solche Menschen aktiv rekrutiert werden, die bereits eine hohe Ressourcenausstattung und Motivation für politische Beteiligung aufweisen (Schlozman et al. 1999), was letztlich wiederum zu einer noch stärkeren sozialen Selektivität von politischer Beteiligung führt.

An diesem Punkt schließen Überlegungen der Partizipationsforschung an, die auf die Rolle der sozialen hinsichtlich der politischen Beteiligung abzielen, und diese in das *Civic Voluntarism Model* integrieren. So wird der sozialen Partizipation zugeschrieben, dass durch sie allgemeine Kompetenzen, Werte und Normen vermittelt werden, die dann in Form von (immateriellen) Ressourcen auf politische Beteiligung wirken (Roßteutscher 2009). Davon profitieren Menschen, die in „civic skills“ kaum oder gar nicht geschult wurden oder diese kaum in Bildungsinstitutionen oder am Arbeitsplatz erhalten (Roßteutscher 2009). Zudem können Vereine und Gruppen als Orte dienen, aus denen soziale Netzwerke entstehen, die wiederum häufig als eine Art Rekrutierungspool für politische Beteiligung dienen (Roßteutscher 2009). Somit kann die Beteiligung in gesellschaftlichen Vereinen und Gruppen sowohl der „(Nicht) gefragt werden“ als auch der „(Nicht) können“-Komponente des *Civic Voluntarism Models*, im Sinne des Erwerbs von *civic skills*, zugeordnet werden.

Schon Verba, Schlozman und Brady haben das *Civic Voluntarism Modell* angewandt, um unter anderem die niedrigeren Beteiligungsquoten von Afro-Amerikanerinnen und Afro-Amerikanern und vor allem Latinos und Latinas in den USA zu erklären. Auch in darauffolgenden Studien, die sich explizit mit der Erklärung der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen, findet dieses Modell Anwendung (de Rooij 2012; Wüst & Faas 2018). Des Weiteren kann bei der Erklärung der politischen und sozialen Beteiligung von Menschen mit

Migrationshintergrund auf strukturelle Faktoren verwiesen werden. Hier nimmt das Konzept der Politischen Gelegenheitsstrukturen (*Political Opportunity Structures*) einen wichtigen Stellenwert ein (Kortmann 2011). Karen Bird wendet dieses Konzept zur Erklärung der politischen Repräsentation von Minderheiten an, allerdings kann es ebenso herangezogen werden, um die Beteiligung von Minderheiten, vor allem vergleichend, zu untersuchen (Bird et al. 2011: 13). Bird weist darauf hin, dass verschiedene strukturelle und institutionelle Faktoren auf die kollektive Identität einer Gruppe und ihre Mobilisierungsfähigkeit sowie auf die Offenheit des politischen Systems wirken. Genannt werden hier zum Beispiel die Offenheit bzw. Geschlossenheit des Staatsbürgerschaftsregimes, die Größe und räumliche Verteilung einer Gruppe oder die Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland, die die Mobilisierungsfähigkeit von Gruppen hemmen oder fördern können. Diese wiederum stehen in einer wechselseitigen Beziehung mit der Offenheit des politischen Systems geprägt etwa durch Wahlsystem oder Parteienwettbewerb (Bird 2005; Bird et al. 2011).

Bevor wir uns nachfolgend den zentralen empirischen Befunden zur sozialen und politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zuwenden, ist zu betonen, dass die unterschiedlichen Erklärungsfaktoren, die in der Partizipationsliteratur angeführt werden, unterschiedlich stark (oder schwach) auf verschiedene Partizipationsformen wirken (Verba et al. 1995). Dies gilt nicht nur für die bereits nicht einfache Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Partizipation, sondern ebenfalls für die verschiedenen Unterkategorien sozialer und politischer Beteiligung (z.B. konventionelle vs. unkonventionelle politische Partizipation oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein vs. bürgerschaftliches Engagement).

3. Soziale Beteiligung

Der Begriff *Soziale Beteiligung* wird recht unterschiedlich definiert. Der Großteil der Autorinnen und Autoren stimmt jedoch darüber ein, dass es sich hier um eine Vielzahl an Aktivitäten handelt, die „unentgeltlich, freiwillig und gemeinsam mit anderen ausgeführt [werden und dazu] dienen [...], an der Gestaltung kollektiver Angelegenheiten mitzuwirken“ (Gabriel & Völkl 2008: 270). Für Jan van Deth ist das Spektrum an Organisationen, innerhalb derer soziale Beteiligung ausgeübt werden kann, sehr breit und reicht „vom lokalen Skatverein bis zum ADAC“ (van Deth 2001b: 208). Oscar Gabriel und Kerstin Völkl vertreten die Ansicht, dass auch solche Aktivitäten, die nicht im Rahmen von Organisation stattfinden, wie etwa die Betreuung hilfsbedürftiger Personen (sog. informelle Unterstützungsleistungen), unter das Konzept der sozialen Beteiligung gefasst werden sollten (Gabriel & Völkl 2008: 270). Diese Beispiele stehen stellvertretend für die große Bandbreite von Definitionen sozialer Beteiligung. Sie zeigen zugleich, dass ein Überblick zentraler Veröffentlichungen über soziale Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund recht unterschiedliche Forschungsdisziplinen berücksichtigen muss und auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Der Forschungsstand zur sozialen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht konsolidiert (Sauer 2016). Einige Untersuchungen gehen nicht über eine deskriptive Darstellung etwa der Beteiligungshöhe oder Intensivität des Engagements hinaus. Andere wiederum versuchen, die Gründe für soziale Beteiligung zu analysieren sowie den Zusammenhang zwischen

sozialer und politischer Partizipation zu untersuchen. So bilden vor allem der von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Religionsmonitor, der Deutsche Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der Integrationsurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) die Datengrundlage für weitergehende wissenschaftliche Analysen. Zudem existieren einige sozialwissenschaftliche Studien, die vor allem Ende der 1990er bzw. Beginn der 2000er Jahre in der Tradition Tocquevilles untersucht haben, inwieweit die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Vereinen der nichteingewanderten Bevölkerung oder in Vereinen einer eingewanderten ethnischen Gruppe politische Partizipation befördert (oder hemmt) (Berger et al. 2004; Togeby 2004; van Heelsum 2002).

Einige Studien konnten feststellen, dass der Beteiligungsgrad in gesellschaftlichen Organisationen von Personen mit Migrationshintergrund niedriger ist als bei solchen ohne Einwanderungsgeschichte. Der Freiwilligensurvey 2014 etwa zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in geringerem Maße freiwillig engagiert¹ sind als Menschen ohne Migrationshintergrund (Simonson et al 2016). Zu ähnlichen Ergebnissen kamen bereits Maria Berger und Kolleginnen und Kollegen in einer Untersuchung Anfang der 2000er Jahre zu Vereinsmitgliedschaften von Personen aus der Türkei, Russland und Italien sowie deutschen Bürgerinnen und Bürgern in Berlin (diese Ergebnisse sind auch in anderen Ländern wie etwa der Schweiz zu finden, siehe z.B. Eggert & Giugni 2010). Sportsoziologische Studien teilen diese Befunde und zeigen, dass jugendliche Zugewanderte im vereinsorganisierten Sport nicht so stark vertreten sind wie junge Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte, auch wenn die Differenz nicht allzu groß ausfällt (Mutz & Burrmann 2015; Glatzer & Krätschmer-Hahn 2004).

Jüngere Untersuchungen kommen zum Ergebnis, dass in speziellen Beteiligungssektoren das Engagement von bestimmten migrantischen Gruppen höher ist als von anderen. So können Alexander Nagel und Yasemin El-Menouar anhand der Daten des Religionsmonitors 2017 der Bertelsmann Stiftung zeigen, dass Musliminnen und Muslime (v. a. aus dem Nahen Osten und Süd-asien) in der Geflüchtetenhilfe stärker engagiert sind als Christinnen und Christen oder Konfessionslose (Nagel & El-Menouar 2017: 25). Ausschlaggebend hierfür könnten bestimmte kulturelle Kompetenzen wie etwa Sprachkenntnisse (Ressourcen) sowie eine besondere Motivation sein.

Aus den Daten des Freiwilligensurveys lässt sich herausarbeiten, dass der Anteil der freiwillig engagierten Menschen mit Migrationshintergrund mit deutscher Staatsbürgerschaft über dem der Personen ohne deutschen Pass liegt – bei Eingewanderten der 2. oder 3. Generation mit deutscher Staatsbürgerschaft verschwindet der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte fast gänzlich (Simonson et al 2016). Der besondere Stellenwert der deutschen Staatsbürgerschaft und Einwanderergeneration zeigt sich ebenfalls in den Ergebnissen von Schlesinger und Kollegen zu der speziellen Form des freiwilligen Engagements in Sportvereinen (Schlesinger et al. 2020). Auch Glatzer und Krätschmer-Hahn (2004) können anhand

¹ Freiwilliges Engagement wird hier erfasst als „Arbeiten und Aufgaben, die außerhalb von Beruf und Familie sowie unentgeltlich oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausgeübt werden“ (Vogel et al. 2016: 585).

der Daten des Integrations surveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) aufzeigen, dass die Aufenthaltsdauer in Deutschland einen Einfluss auf die Mitgliedschaft in Vereinen hat: Später eingereiste junge Menschen mit Migrationshintergrund sind weniger in aufnahmegesellschaftlichen, dafür aber verstärkt in eigenethnischen Vereinen vorzufinden (für Menschen aus der Türkei: Halm 2011). Allgemein zeigen die meisten Untersuchungen jedoch, dass die Mitgliedschaft in aufnahmegesellschaftlichen und eigenethnischen Vereinen eher komplementär als konkurrierend zu verstehen ist (Halm 2011: 18; Togeby 2004: 514).

Verschiedene Studien konnten bei Menschen mit Migrationshintergrund zudem einen besonders großen Einfluss des Geschlechts auf die Partizipation belegen. So haben Mutz und Burrmann herausgefunden, dass der Unterschied hinsichtlich der Mitgliedschaft in Sportvereinen zwischen jungen Frauen und jungen Männern bei der Gruppe mit Migrationshintergrund stärker ausgeprägt ist als bei der Gruppe ohne Zuwanderungsgeschichte (Mutz & Burrmann 2015: 85). Glatzer und Krätschmer-Hahn (2004) stellen diesen Einfluss des Geschlechts auf die Vereinsmitgliedschaft ganz generell fest: Männer sind häufiger in Vereinen aktiv (vgl. auch Halm 2011). Beim freiwilligen Engagement, vor allem in der Geflüchtetenhilfe, zeigt sich ein solcher Unterschied nach Geschlecht jedoch seltener (Vogel et al. 2016) oder er fällt sogar umgekehrt aus, d. h. Frauen engagieren sich hier teilweise stärker (Nagel & El-Menouar 2017).

Studien, die die Beweggründe von Menschen mit Migrationshintergrund für soziale Beteiligung etwa in Form von freiwilligem Engagement oder Mitgliedschaft in (Sport-)Vereinen untersuchen, sind rar. So finden sich in den vorhandenen Untersuchungen nur wenige Hinweise auf den Einfluss der Ressourcenausstattung (v. a. Bildung), vielmehr scheinen die bereits genannten migrationspezifischen Faktoren wie Aufenthaltsdauer oder deutsche Staatsbürgerschaft von Relevanz zu sein (Glatzer & Krätschmer-Hahn 2004: 68; Schlesinger et al. 2020; Vogel et al. 2016: 607). Vogel und Kolleginnen und Kollegen fassen dies wie folgt zusammen: „Offensichtlich sind prägende Erfahrungen in Kindheit und Jugend, die Personen mit und ohne eigene Migrationserfahrung gemacht haben, von erheblicher Bedeutung für das freiwillige Engagement“ (Vogel et al. 2016: 607). Martina Sauer ist zudem der Ansicht, dass Hürden seitens der Organisationen ein Grund für weniger (oder auch mehr) Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sein könnten. So würden eigenethnische Organisationen oft nicht über die notwendigen personellen und monetären Ressourcen verfügen, um potenziell Interessierte zu mobilisieren („because nobody asked“). Aufnahmegesellschaftlichen Organisationen, würde es hingegen häufig an interkultureller Öffnung mangeln, sodass dadurch eine stärkere soziale Beteiligung von Migrantinnen und Migranten verhindert werde (Sauer 2016: 274). Auch die Perzeption vermeintlicher Hürden auf Seiten migrantischer Communities wirke nicht beteiligungsfördernd.

Verschiedene Studien für Dänemark (Togeby 2004; van Heelsum 2002) und die Niederlande (Fenneman & Tillie 1999; van Heelsum 2002) haben untersucht, ob die soziale Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund auch die politische Partizipation erhöht und ob eine höhere Dichte von Migrantenselbstorganisationen mit einer höheren Partizipationsrate einhergeht (van Heelsum 2002; Fennema & Tillie 1999). Der Großteil dieser Studien kommt zum Schluss, dass es einen Zusammenhang beider Beteiligungsformen gibt (z.B. Berger et al. 2004; Eggert & Giugni 2010; Togeby 2004). Die genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass zum Teil erhebliche Unterschiede nach migrantischen Gruppe vorliegen (Berger et al. 2004; Togeby 2004). Teils

widersprüchliche Ergebnisse gab es hinsichtlich der Frage, ob die Beteiligung in allen Organisationsformen (eigenethnisch bzw. überethnisch, d. h. cross-ethnic) einen positiven Einfluss auf die politische Beteiligung hat (Halm 2011: 16).

Verschiedenen Organisationsformen wird die Ausbildung unterschiedlicher Arten von Sozialkapital zugeschrieben: *Bonding*- und *Bridging*-Sozialkapital (Putnam 2000; Eggert & Giugni 2010). Ersteres wird vor allem in eigenethnischen Organisationen ausgebildet, brückenbildendes Sozialkapital hingegen stärker in ethnisch oder kulturell heterogenen Vereinigungen. Über die These, dass vor allem bridging Sozialkapital für die politische Partizipation förderlicher ist, besteht keine Einigkeit in der Forschung. So finden etwa Eggert und Giugni (2010) für die Schweiz, dass die Beteiligung sowohl in überethnischen als auch eigenethnischen Organisation zu einem höheren Grad an politischer Beteiligung führt (ähnlich Berger et al. 2004). Es kann auch kein eindeutiger Effekt von einer Vereinsmitgliedschaft auf Einstellungen, wie etwa politischem Interesse oder sozialem Vertrauen – als „ausgeprägte individuelle Vertrauenshaltung gegenüber Mitmenschen im Allgemeinen“ (Zmerli 2013) – festgestellt werden (Berger et al. 2004; Eggert & Giugni 2010; Togeby 2004). Dieser Befund überrascht, da die Sozialkapitalforschung davon ausgeht, dass gerade durch die gesellschaftliche Beteiligung soziales Vertrauen wächst, welches sich wiederum positiv auf die Wahrscheinlichkeit politisch zu partizipieren auswirkt. Eventuell gibt es einen vermittelnden Effekt zwischen sozialer und politischer Beteiligung – etwa das Erwerben bestimmter Fähigkeiten und intellektueller Ressourcen durch die jeweils andere Partizipationsform (Eggert & Giugni 2010).

4. Politische Beteiligung²

Unter politischer Beteiligung wurden in den 1960er Jahren nur eine überschaubare Anzahl von Aktivitäten gezählt. Neben der Beteiligung an Wahlen gehörten dazu Wahlkampfaktivitäten, das Sammeln von Spenden, die Organisation von politischen Versammlungen und die Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern (Lane 1959). Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das mögliche Spektrum auf über 70 Aktivitäten (neben der Teilnahme an Streiks v. a. Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationstypen, Boykott von Unternehmen und Waren bzw. gezieltes Kaufverhalten bis hin zum Lesen einer Zeitung) erweitert, sodass jüngere politische Beteiligungsanalysen mitunter als „the study of everything“ (van Deth 2001a: 2) charakterisiert werden.

Mehrere Gründe legen nahe, sich bei der Beschäftigung mit politischer Partizipation auf wenige Aktivitäten und insbesondere auf die Beteiligung an Wahlen zu fokussieren. Denn Wahlen sind zum einen die Kernaktivität politischer Beteiligung in liberalen Demokratien, die unzweifelhaft unter die Definition von Aktivitäten fallen, „die Bürger[innen] freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1987: 135). Sie haben zudem mittelfristige politische Effekte (Legislaturperiode) und sind

² Dieses Kapitels baut auf Befunden einer früheren Publikation von Andreas M. Wüst und Thorsten Faas (2018) auf. Die Autorin und der Autor danken der Friedrich-Ebert-Stiftung und Thorsten Faas für die Möglichkeit, Inhalte des FES-Gutachtens „Empirische Sozialforschung 9“ bei der Abfassung dieses Kapitels verarbeiten zu dürfen.

– zumindest für Wahlberechtigte – niedrigschwellig. Da Wahlen darüber hinaus sozial erwünscht sind, ist die Wahlbeteiligung diejenige politische Aktivität, die von den meisten Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich praktiziert wird. Und dies ist ein weiterer, eher methodischer Grund dafür, dass die Beschäftigung mit anderen Partizipationsformen oft vernachlässigt wird bzw. vernachlässigt werden muss: Andere Beteiligungsarten als die Teilnahme an Wahlen werden nur von sehr wenigen Bürgerinnen und Bürgern genutzt (Niedermayer 2005). Daher ist die Zahl derjenigen Personen, die in einer Umfrage angeben, andere politische Partizipationsformen (Müssig & Worbs 2012) zu nutzen, gering, sodass detaillierte Auswertungen erschwert werden. Im Hinblick auf kleine Befragtengruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund, sind Auswertungen häufig gar nicht oder nur durch das Kumulieren mehrerer Befragungen möglich (Müssig 2020; Müssig & Worbs 2012: 36-40).

Aus den genannten Gründen haben sich Analysen der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund bisher vor allem mit Wahlen beschäftigt. Sie schließen damit nicht wahlberechtigte Personen (auf staatlicher Ebene: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, auf kommunaler Ebene: Drittstaatsangehörige) aus. Beschreibende Analysen auf der Grundlage von Daten des European Social Survey (ESS) für Deutschland (2002-2008) zeigten soziodemografische und generationenspezifische Beteiligungsmuster (Müssig & Worbs 2012: 31-34): Die erste Generation, Frauen und jüngere Personen mit Migrationshintergrund beteiligten sich seltener; dagegen war eine Erwerbsbeteiligung positiv mit der Wahlbeteiligung verknüpft. Analysen der Daten der Deutschen Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES) zur Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2009 (Wüst 2011: 167-169) bestätigten einen Einfluss der Generationenzugehörigkeit auf die Wahlbeteiligung, die sich zwar auch mit den Daten des European Social Survey (ESS) für Deutschland (2002-2014) zeigen ließ (Müssig 2020), bei Analysen jüngerer Wahlen jedoch nicht mehr vorzufinden ist (für 2013: Wüst & Faas 2018: 15; für 2017: Goerres et al 2018: 4).

Dass allgemeingültige Erklärungsfaktoren für Beteiligung auch in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund erklärungskräftig sind, ist unstrittig (Wüst 2002; Spies et al. 2020). Inwieweit einzelne dieser Faktoren bei Menschen mit Migrationshintergrund mehr oder weniger wichtig sind und ob es einer Ergänzung um migrationsbezogene Erklärungen bedarf, wird indes unterschiedlich beurteilt. In umfassenden Analysen des ESS für Deutschland kommt Stephanie Müssig (2020: 288-289) zum Schluss, dass einige migrationsspezifische Faktoren, wie etwa die Sozialisation im Herkunftsland, einen Beitrag zur Erklärung von Partizipationsunterschieden leisten. Die Sozialisation in einer Demokratie wirkt beteiligungsfördernd (Wüst 2011; Wass et al. 2015), da sich die politische Involvierung fortsetzen kann (Müssig 2020: 290). Zumindest plausibel ist auch, dass die Beteiligungsunterschiede zwischen großen und kleinen migrantischen Gruppen auch mit der potenziell ertragreicheren, gezielten Mobilisierung durch Parteien zusammenhängen (Wüst 2011: 168-170). Studien in anderen Ländern stützen diese Befunde zumindest indirekt, da die Wahlbeteiligung von Minderheiten in Gegenden mit einem hohen Anteil ihrer eigenen Bevölkerungsgruppe höher ist als in solchen, in denen ihr Anteil niedriger ist (Fieldhouse & Cutts 2008: 544; Togeby 1999: 676).

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Konstanz konnten für die fünf größten migrantischen Gruppen der ersten bis dritten Generation in Baden-Württemberg weitere

Faktoren hinsichtlich ihres möglichen Einflusses auf die Wahlbeteiligung prüfen (Fick et al. 2014: 110-117). Es zeigte sich, dass neben Bildung und Alter (Ressourcen) die Partizipation in einheimischen Vereinen und die Bleibeabsicht (Motivation) starke Einflüsse auf die Wahlbeteiligung haben. Eine erneute Analyse der Daten konnte diese Befunde bestätigen und hat darüber hinaus die Mobilisierung durch direkte Ansprache als weiteren wichtigen Faktor der Wahlbeteiligung identifiziert (Wüst & Faas 2018: 7). Die Ergebnisse eines Feldexperiments unter Eingewanderten in Norwegen stützen diese Befunde (Bergh et al. 2020). Insofern lassen sich der Einfluss des Faktorenbündels aus Ressourcen, Motivation und Mobilisierung (*Civic Voluntarism Model*) von Verba, Schlozman und Brady (1995) in neueren Untersuchungen in vielfacher Hinsicht bestätigen.

Dass Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem der ersten Generation, stärkere Defizite hinsichtlich Ressourcen, Motivation und Mobilisierung haben können, ist naheliegend. Oft ist unklar, ob sie in Deutschland bleiben (abhängig von Bleibeabsicht und -perspektiven), und es besteht auch häufig eine gewisse Distanz zu Einheimischen sowie umgekehrt. Mit der Aufenthaltsdauer steigt folglich die Beteiligungsbereitschaft (Müssig 2020: 290-291). Gerade wenn die Unterschiede zwischen Aus- und Einwanderungsland groß sind, dauert es oft länger, bis Eingewanderte sich politisch beteiligen. Sobald Menschen mit Migrationshintergrund jedoch begonnen haben, sich einer Partizipationsform zu bedienen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch eine weitere Form politischer Beteiligung nutzen, höher als unter Einheimischen (de Rooij 2012). Diskriminierungserfahrungen im Einwanderungsland hängen sehr stark mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung zusammen (Wüst & Faas 2018: 16). Jüngere Analysen kommen jedoch zum Schluss, dass diese Effekte unter Kontrolle anderer Faktoren entweder nicht beobachtbar sind (Spies et al. 2020) oder bei verschiedenen Teilgruppen sehr unterschiedlich ausfallen (Müssig 2020). Offenbar gibt es hier weiteren Forschungsbedarf.

Ressourcen, in der Theorie vor allem strukturelle Aspekte der Integration, spielen in unterschiedlicher Weise für die politische Beteiligung eine Rolle. Neben Sprachkenntnissen, Bildungsgrad und Berufsqualifikationen kommt auch der Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit Bedeutung zu (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration 2016). Für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund besonders relevant ist die wahrgenommene Kompetenz des Verständnisses politischer Sachverhalte, die sogenannte *internal efficacy*. Eine Analyse der Daten der Deutschen Wahlstudie 2013 zeigt, dass Menschen, die angeben, politische Sachverhalte nicht zu verstehen, sich deutlich seltener an der Bundestagswahl 2013 beteiligt haben, und der Unterschied zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund betrug in dieser Gruppe 38 Prozentpunkte (Wüst & Faas 2018: 15). Hier stellt sich nicht nur die Frage, inwieweit die politische Bildung dazu beitragen kann, Kenntnisse über Möglichkeiten der politischen Beteiligung unter Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, sondern auch, ob Regelungen möglicherweise zu kompliziert sind oder es nachweislich Hürden gibt, die eine Beteiligung erschweren. In jedem Fall sind die in Deutschland angewandten Wahlsysteme – und hier vor allem das Bundestagswahlsystem – so kompliziert, dass selbst Expertinnen und Experten nicht immer genau sagen können, wie die einzelnen Elemente ineinandergreifen. Dass sich nicht nur Eingewanderte hier wenig kompetent fühlen, sich auch ‚richtig‘ beteiligen zu können, sollte nicht überraschen.

Aufgrund des insgesamt niedrigeren Partizipationsgrads sind Formen der nicht-elektoralen Partizipation viel seltener Gegenstand empirischer Analysen. Zumindest ein Ergebnis der primär von Stephanie Müssig (2020) – zum Teil gemeinsam mit Susanne Worbs (Müssig & Worbs 2012) – herausgearbeiteten Ergebnisse ist erwähnenswert. Eingebürgerte und bereits in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund kontaktieren nicht nur Politikerinnen und Politiker häufiger, sondern nehmen auch häufiger an Demonstrationen teil als Menschen mit eigener Migrationserfahrung oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Müssig 2020: 288). Insbesondere parteinahe Partizipationsformen hängen stark mit Sozialisation und rechtlicher Integration in Deutschland zusammen. Insofern überrascht auch nicht, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sehr selten Mitglieder politischer Parteien sind: Die Anteile variieren zwischen 0,2 % und 1,0 % (Niedermayer 2019).

5. Politische Repräsentation

Während Beteiligung als Möglichkeit zu verstehen ist, an der Verteilung gesellschaftlicher und politischer Macht teilzuhaben, kommt Repräsentation Entscheidungsmacht zu. In einer parlamentarischen Demokratie sind es vor allem Abgeordnete, die politische Entscheidungen treffen. Daher stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es nicht von untergeordneter Bedeutung ist, welche Personen im Parlament sitzen. In der ersten umfassenden Abhandlung über politische Repräsentation kam Hanna Pitkin (1967) zum Schluss, dass ein Parlament nicht primär ein möglichst getreues Abbild der verschiedenen Teile einer Gesellschaft sein sollte. Es käme vielmehr darauf an, dass Abgeordnete Gruppeninteressen vertreten und artikulierten, weniger welcher Gruppe sie angehörten (Pitkin 1967: 83-84). Folglich wäre deskriptive, im Sinne von spiegelbildlicher, Repräsentation im Vergleich zu substanzieller, also handlungsbezogener, Repräsentation von weit untergeordneter Bedeutung.

Die jüngere Repräsentationsforschung hat die grundsätzliche Sicht Pitkins nicht in Frage gestellt. Da es aber eine historisch gewachsene Unterrepräsentation einiger gesellschaftlichen Gruppen gäbe, sei das klassische Repräsentationsmodell nicht hinreichend. Es müsse zudem darauf geachtet werden, dass politisch benachteiligte Gruppen in einem Parlament „präsent“ seien (Phillips 1995; Mansbridge 1999). Diese Präsenz ist nicht nur mit Blick auf parlamentarische Entscheidungen (Abstimmungen) von Bedeutung, sondern auch im parlamentarischen Prozess, in den verschiedene Erfahrungen und Perspektiven eingebracht werden müssen (Young 1990). Insofern ist auch die rein deskriptive Repräsentation verschiedener Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamenten von Bedeutung. Wenn entscheidende Erfahrungen und Perspektiven nicht gehört werden können, da sie nicht vorhanden sind, sinkt die Chance für eine etwaige Entscheidungsrelevanz. Darüber hinaus wirkt die Repräsentation durch Angehörige einer Gruppe auch nach außen. Dies geschieht zum einen in die eigene Gruppe hinein, die sich dadurch besser repräsentiert fühlen dürfte, mit der möglicherweise besser kommuniziert werden kann und deren Angehörige dadurch dem politischen System mehr Vertrauen entgegenbringen könnten (Gay 2002; Pantoja & Segura 2003). Zum anderen hat die Präsenz auch Effekte auf die Mehrheitsgesellschaft, die nun die Vielfalt der Hintergründe und die damit zusammenhängenden Sichtweisen umfassender wahrnehmen kann.

Es ergibt demnach Sinn, dass nicht nur verschiedene politische Grundströmungen durch Parteien in Parlamenten vertreten sein sollten, sondern auch Menschen mit unterschiedlichen Prägungen und Erfahrungen, und dabei vor allem solche, die bislang (stark) unterrepräsentiert sind. Leider fehlen lange und aktuelle Zeitreihen der Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in Parlamenten und Räten (Pfeffer-Hoffmann 2017: 23-27). Alle bisherigen Erhebungen zeigen, dass es eine Lücke zwischen dem Anteil der (wahlberechtigten) Menschen mit Migrationshintergrund und den Abgeordneten mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten gibt (Deiss-Helbig 2019: 87). Alle bekannten Studien, die Vergleiche über die Zeit anstellen, zeigen jedoch auch, dass die Anteile in den Parlamenten, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau in den späten 1980er Jahren, inzwischen angestiegen sind (Großstädte 2011: 4,2 %; Landesparlamente 2015: 4,5 %; Bundestag 2017: 8,2 %) (vgl. Schönwälder et al. 2011, Integrationsmonitoring der Länder 2017, Mediendienst Integration 2017). Gemessen am Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund, der im Jahr 2016 10,2 % betrug (Wüst & Faas 2018: 7), ist die parlamentarische Repräsentation zumindest auf Landes- und kommunaler Ebene niedrig.³ Eine dauerhafte, systematische Erhebung des Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten würde erlauben, die Entwicklung weiter zu dokumentieren und zu analysieren.

Durch Analysen des parlamentarischen Handelns von Menschen mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten ließen sich einige Annahmen und Argumente der Präsenztheorie auch für Deutschland empirisch belegen. So besteht beispielsweise eine höhere Neigung von Abgeordneten mit Migrationshintergrund, sich zumindest (auch) mit migrationsbezogenen Themen zu beschäftigen (Schönwälder et al. 2011: 52; Markowis 2016: 220-249), in migrationsnahen Ausschüssen zu arbeiten (Saalfeld & Wüst 2010), häufig entsprechende parlamentarische Anfragen zu stellen (Wüst 2014a; Geese & Schwemmer 2018) und in parlamentarischen Redebeiträgen sowohl einen anderen Wortschatz zu verwenden als auch mehr Bezüge zu Migrationsthemen herzustellen als Abgeordnete ohne Migrationshintergrund (Blätte & Wüst 2017). Dabei ist auffällig, dass die Sichtbarkeit eines persönlichen Migrationshintergrunds mit klareren Mustern einhergeht als ein kaum wahrnehmbarer Hintergrund (Wüst 2014a). Selbst bei längerer Parlamentszugehörigkeit sind entsprechende Schwerpunkte messbar; abweichend von diesem Muster verhalten sich vor allem Abgeordnete, die eine parlamentarische Karriere machen (z.B. als Vorsitzende eines Ausschusses oder einer Fraktion) (Blätte & Wüst 2017; Wüst 2014a).

Diese Befunde sind Indizien dafür, dass es einen Unterschied macht, ob Menschen mit Migrationshintergrund in einem Parlament vertreten sind oder nicht. Dass diese Befunde zumindest teilweise auch das Interesse von Parteien an migrationspezifischen Schwerpunkten der Abgeordneten mit Migrationshintergrund widerspiegeln können, deutet auf einen gewissen Grad an Instrumentalisierung durch die Parteien hin (Schmitz & Wüst 2011: 832; Markowis 2016: 301). So sind auch die Rekrutierungs- und Nominierungsverfahren durch die Parteien partiell strategisch: Zwar werden in aussichtsreichen Wahlkreisen seltener Kandidatinnen und Kandidaten mit

³ Diese Feststellung trifft auch auf lokale Spitzenämter zu. Im Oktober 2020 hatten lediglich 1,5 % der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister in Deutschland einen Migrationshintergrund (<https://mediendienst-integration.de/artikel/nur-2-prozent-haben-einen-migrationshintergrund.html>).

Migrationshintergrund nominiert (Deiss-Helbig 2019), doch in Wahlkreisen mit einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist dies häufiger der Fall (Wüst 2016: 419-422). Der Frauenanteil unter ihnen ist zwar nicht höher (Ceyhan 2018: 87), aber die Position auf einer Parteiliste oft besser als bei Männern mit Migrationshintergrund („doppelte Quote“, Wüst 2014b: 3-6; Markowis 2016: 215-218). Zumindest im Durchschnitt gelingt Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund auch zügiger eine Nominierung für eine Parteiliste als Parteimitgliedern ohne Migrationshintergrund (Ceyhan 2018: 111-115; Markowis 2016: 295).

Personen mit Migrationshintergrund sind bereits auf der Ebene der Kandidatinnen und Kandidaten unterrepräsentiert (Deiss-Helbig i. E.). Nicht nur aus strategischem Interesse, sondern auch aus dem Selbstverständnis heraus, unterscheiden sich Anzahl, aussichtsreiche Listenplätze und auch Abgeordnete mit Migrationshintergrund nach Parteien. Dabei gibt es bei den Parteien der politischen Linken insgesamt mehr (aussichtsreiche) Kandidatinnen und Kandidaten sowie Abgeordnete mit Migrationshintergrund (Deiss-Helbig i. E.), aber offenbar auch größere innerparteiliche Konkurrenz. Erste Verlaufsstudien (Wüst 2014b: 6-11) legen den Schluss nahe, dass Abgeordnete mit Migrationshintergrund nicht nur der Diversifizierung der Kandidatinnen- und Kandidatenlisten oder Stimmenmaximierung dienen, sondern grundsätzlich integraler Bestandteil der Fraktionen sind. Dadurch eröffnet sich Abgeordneten mit Migrationshintergrund – trotz durchaus erfahrener Diskriminierung in ihren eigenen Fraktionen (Schönwälder et al. 2011: 54-57; Markowis 2016: 251-278) – die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung und -entscheidung in deutschen Parlamenten.

Inwieweit es spezifische Faktoren gibt, die es Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund erleichtern, in Mandate und Ämter zu gelangen, lässt sich schwer beantworten. Die Rekrutierung von Personen für herausgehobene Funktionen unterliegt etlichen formalen, organisationsspezifischen, und informellen Kriterien, zu denen im Bereich der Politik noch weitere Anforderungen wie beispielsweise Redetalent, Charisma oder Fachwissen hinzukommen (Deiss-Helbig 2019: 200; Norris 1997). In Deutschland ist es zudem immer noch hilfreich, die „Ochsentour“ langer Mitgliedschaft, aktiver Unterstützung etablierter Politikerinnen und Politiker und der Übernahme politischer Verantwortung vor Ort zu durchlaufen. Wie häufig in Politik und Gesellschaft, können auch Bewerberinnen und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund von Parteiliten oder einflussreichen Mitgliedern protegiert werden oder nicht (Jenichen 2020). In jedem Fall ist die gezielte Unterstützung durch einflussreiche Politikerinnen und Politiker hilfreich (Markowis 2016: 123-125; Schmitz & Wüst 2011: 831), in einigen Fällen auch durch andere Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund. Da sich diese Unterstützung nur bedingt planen lässt, liegt es nahe, neben der Arbeit an den formalen und informellen Voraussetzungen für eine Kandidatur und der Öffnung des Zugangs zu innerparteilichen Netzwerken vor allem das Interesse und die Bereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, für politische Mandate und Ämter zu kandidieren.

Literaturverzeichnis

- Berger, M. / Galonska, C. / Koopmans, R., 2004: Political Integration by a Detour? Ethnic Communities and Social Capital of Migrants in Berlin. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3): 491-507.
- Bergh, J. / Christensen, D. A. / Matland, R. E., 2020: Inviting immigrants in: Field experiments in voter mobilization among immigrants in Norway. *Electoral Studies* 66 (online first).
- Bird, K., 2005: The Political Representation of Visible Minorities in Electoral Democracies: A Comparison of France, Denmark, and Canada. *Journal Nationalism and Ethnic Politics* 11 (4), 425-465.
- Bird, K. / Saalfeld, T. / Wüst, A. M., 2011: Ethnic diversity, political participation and representation: A theoretical framework. S. 1-21 in Bird, K. / Saalfeld, T. / Wüst, A. M. (Hrsg.), *The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*. London/New York: Routledge.
- Blätte, A. / Wüst, A. M., 2017: Der migrationsspezifische Einfluss auf parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest auf der Grundlage von Redebeiträgen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags 1996-2013. *Politische Vierteljahresschrift* 58 (2): 205-233.
- Brady, H. E. / Verba, S. / Lehman Schlozman, K., 1995: Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review* 89 (2): 271-294.
- Ceyhan, S. Y., 2018: Criteria of German Political Parties for the Selection of Candidates of Immigrant Origin Neutrality, Opening or Closure? <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/45794> (06.11.2020).
- Dahl, Robert A. 1998. *On democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Deiss-Helbig, E., 2017a : Les modes de sélection des candidats affectent-ils la représentation parlementaire des minorités d'origine étrangère ? Une analyse des élections législatives allemandes de 2013. *Politique et Sociétés* 36 (2) : 63-90.
- Deiss-Helbig, E., 2017b: Repräsentation von Frauen in der lokalen Politik. S. 387-413 in Tausendpfund, M. / Vetter, A. (Hrsg.), *Politische Orientierungen von Kommunalpolitikern im Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS.
- Deiss-Helbig, E., 2019: *Within the secret garden of politics – Candidate selection and the representation of immigrant-origin citizens in Germany* (Dissertation an der Universität Stuttgart).
- Deiss-Helbig, E., i. E.: Do different candidate selection methods produce different types of candidates? An analysis of the German case. In Sandri, G. / Seddone, A. (Hrsg.), *New Paths for Selecting Political Elites. Investigating the impact of inclusive candidate and party leader selection methods*. London/New York: Routledge.
- de Rooij, E. A., 2012: Patterns of Immigrant Political Participation: Explaining Differences in Types of Political Participation between Immigrants and the Majority Population in Western Europe. *European Sociological Review* 28 (4): 455-481.

- Eggert, N. / Giugni, M., 2010: Does Associational Involvement Spur Political Integration? Political Interest and Participation of Three Immigrant Groups in Zurich. *Swiss Political Science Review* 16 (2): 175-210.
- Elsässer, L. / Hense, S. / Schäfer, A., 2017: "Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2): 161-180.
- Fennema, M., / Tillie, J., 1999: Political Participation and Political Trust in a Multicultural Democracy. Civic communities and ethnic networks in Amsterdam. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25 (4): 703-726.
- Fick, P. / Wöhler, T. / Diehl, C. / Hinz, T., 2014: Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich. Stuttgart: Ministerium für Integration.
- Fieldhouse, E. / Cutts, D., 2008: Diversity, density and turnout: The effect of neighbourhood ethno-religious composition on voter turnout in Britain. *Political Geography* 27 (5): 530-548.
- Gabriel, O. W. / Völkl, K., 2008: Politische und soziale Partizipation. S. 268-298 in Gabriel O. W. / Kropp, S. (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gay, C., 2002: Spirals of Trust? The Effect of Descriptive Representation on the Relationship Between Citizens and Their Government. *American Journal of Political Science* 46 (4): 717-732.
- Geese, L., / Schwemmer, C., 2019: MPs' Principals and the Substantive Representation of Disadvantaged Immigrant Groups. *West European Politics* 42 (4): 681-704.
- Glatzer, W. / Krätschmer-Hahn, R., 2004: Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation: Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 105c). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB).
- Goerres, A. / Spies, D. C. / Mayer, Sabrina J., 2018: Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen. Universität Duisburg-Essen.
- Halm, D., 2011: Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft. Bedeutung, Situation und Förderstrategien. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Engagierte Einwanderer - Chancen und Probleme der Partizipation von Migranten)*: 14-24.
- Haußmann, M., 2009: Das Wahlverhalten von Migranten bei der Gemeinderatswahl 2009 in Stuttgart. *Statistik und Informationsmanagement*: 192-194.
- Herzog, D., 1975: *Politische Karrieren*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hunger, U. / Candan, M. 2009. Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg: Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Münster: Universität Münster (<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/25950>).

- Integrationsmonitoring der Länder, 2017: Fünfter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder – Bericht 2019. Berichtsjahre 2015–2017. https://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/integrationsbericht_2019_n2.pdf (06.11.2020).
- Jenichen, A., 2020: Visible Minority Women in German Politics: Between Discrimination and Targeted Recruitment. *German Politics* 29 (online first).
- Kaase, M., 1987: Vergleichende politische Partizipationsforschung. In Berg-Schlosser, D. / Müller-Rommel, F. (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Klinger, T., 2001: Politische und gesellschaftliche Partizipation von Eingebürgerten in Hamburg. *Hamburg in Zahlen IV*, 132-135.
- Kortmann, M., 2011: Wie definieren islamische Dachverbände Integration? Ein deutsch-niederländischer Vergleich. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Engagierte Einwanderer - Chancen und Probleme der Partizipation von Migranten)* 2/2011: 59-67.
- Lane, R. E., 1959: *Political life: Why people get involved in politics*. Glencoe, Ill.: The Free Press.
- Mansbridge, J., 1999: Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women: A Contingent 'Yes'. *The Journal of Politics* 61 (3) 628-657.
- Markowis, F. A., 2013: *Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund*. Münster: LIT.
- Mediendienst Integration, 2017: *Bundestag – Abgeordnete mit Migrationshintergrund*. <https://mediendienst-integration.de/artikel/abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html> (06.11.2020).
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, i.E.: *Frauen in Führungspositionen (Gesellschaftsreport 3/2020)*. Stuttgart.
- Müssig, S., 2020: *Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Müssig, S. / Worbs, S., 2012: *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 (Reihe Integrationsreport, Teil 10)*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Mutz, M. / Burrmann, U., 2015: Zur Beteiligung junger Migrantinnen und Migranten am Vereinssport. S. 69-90 in Burrmann, U. / Mutz, M. / Zender, U. (Hrsg.), *Jugend, Migration und Sport. Kulturelle Unterschiede und die Sozialisation zum Vereinssport*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nagel, A. K. / El-Menouar, Y., 2017: *Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Niedermayer, O., 2005: *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, O., 2019: *Parteimitglieder. Vortrag zum Nationalen Aktionsplan Integration (NAP-I) am 19. September 2019 in Berlin. Foliensatz (unveröffentlicht)*.
- Norris, P. (Hrsg.), 1997: *Passages to Power*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Pantoja, A. D. / Segura, G. M., 2003: Does Ethnicity Matter? Descriptive Representation in Legislature and Political Alienation among Latinos. *Social Science Quarterly* 84 (2): 441-460.
- Peters, Y. / Ensik, S. J., 2015: Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation. *West European Politics* 38 (3): 577-600.
- Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2017: Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Phillips, A., 1995: *The Politics of Presence*. Oxford: Clarendon Press.
- Pitkin, H. F., 1967: *The Concept of Representation*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Putnam, R., 2000: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.
- Rawls, J., 1979: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: suhrkamp.
- Roßteutscher, S., 2009: Soziale Partizipation und Soziales Kapital. S. 163-180 in Kaina, V. / Römmele, A. (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2016: Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016-5. Berlin: SVR.
- Sauer, M., 2016: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. S. 255-279 in Brinkmann, H. U. / Sauer, M. (Hrsg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schäfer, A., 2015: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schlesinger, T. / Faß, E. / Ehnold, P., 2020: The relevance of migration background for volunteer engagement in organised sport. *European Journal for Sport and Society* 17 (2): 116-146.
- Schlozman, K. L. / Verba, S. / Brady, H. E., 1999: Civic Participation and the Equality Problem. S. 427-459 in Skocpol, T. / Fiorina, M. P. (Hrsg.), *Civic Engagement in American Democracy*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Schmitz, C. / Wüst, A. M., 2011: Was bewegt Politiker mit Migrationshintergrund? Befunde aus deutschen Großstädten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (4), 822-834.
- Schönwälder, K., 2013: Immigrant representation in Germany's regional states: the puzzle of uneven dynamics. *West European Politics* 36 (3): 634-651.
- Schönwälder, K. / Sinanoglu, C. / Volkert, D., 2011: *Vielfalt sucht Rat*. Berlin: Boell Stiftung.
- Simonson, J. / Vogel, C. / Tesch-Römer, C., 2016: *Freiwilliges Engagement in Deutschland: zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

- Spies, D. C. / Mayer, S. J. / Goerres, A., 2020: What are we missing? Explaining immigrant-origin voter turnout with standard and immigrant-specific theories. *Electoral Studies* 65 (online first).
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016 (Fachserie 1 Reihe 2.2).
- Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018 (Fachserie 1 Reihe 2.2).
- Togeby, L., 1999: Migrants at the polls: an analysis of immigrant and refugee participation in Danish local elections. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25 (4): 665-684.
- Togeby, Lise, 2004: It Depends... How Organisational Participation Affects Political Participation and Social Trust Among Second-Generation Immigrants in Denmark. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3): 509-528.
- van Deth, J. W., 2001a: Studying Political Participation: Towards a Theory of Everything? ECPR Joint Sessions of Workshops. Grenoble.
- van Deth, J. W., 2001b: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? 195-221 in Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hrsg.), *Politische Partizipation in der BRD*. Opladen: Leske + Budrich.
- van Deth, J. W., 2014: A conceptual map of political participation. *Acta Politica* 49 (3): 349-367.
- van Heelsum, A., 2002: The Relationship Between Political Participation and Civic Community of Migrants in the Netherlands. *Journal of International Migration and Integration* 3 (2): 179-200.
- Verba, S. / Schlozman, K. L. / Brady, H. E., 1995: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press.
- Vogel, C. / Simonson, J. / Tesch-Römer, C., 2016: Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund. S. 579-613 in Simonson, J. / Vogel, C. / Tesch-Römer, C. (Hrsg.) *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Wüst, A. M., 2002: *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, A. M., 2011: Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. *Politische Vierteljahresschrift*: 157-178.
- Wüst, A. M., 2014a: A lasting impact? On the legislative activities of immigrant-origin parliamentarians in Germany. *The Journal of Legislative Studies* 20 (4): 495-515.
- Wüst, A. M., 2014b: Immigration into Politics: Immigrant-origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election. *German Politics and Society* 32 (3): 1-15.
- Wüst, A. M., 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate. *German Politics* 25 (2): 414-432.

Wüst, A. M / Faas, T., 2018: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Empirische Sozialforschung 9).

Wüst, A. M / Heinz, D., 2009: Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. 201-218 in Linden, M. / Thaa, W. (Hrsg.), Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: Nomos.

Wass, H. / Blais, A. / Morin-Chasse, A. / Weide, M., 2015: Engaging Immigrants? Examining the Correlates of Electoral Participation among Voters with Migration Background. Journal of Elections, Public Opinion and Parties 25 (4): 407-424.

Young, I. M., 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

Zmerli, S., 2013: Soziales Vertrauen. S. 133-155 in van Deth, J. W. / Tausendpfund, M. (Hrsg.), Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden: Springer VS.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Einwohnerinnen und Einwohnern bzw. deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern nach Alterskohorten . 6

Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern..... 6

Abbildung 3: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern nach Staatsangehörigkeit 7

Abbildung 4: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung nach Aufenthaltsdauer sowie alten und neuen Bundesländern 8

Abbildung 5: Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern in Hessen und Sachsen..... 9

Impressum

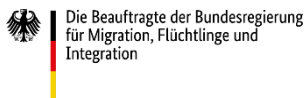
„BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“
ist ein Projekt von



Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
Tel.: +49 30 – 45 79 89 500
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
bepart.minor-kontor.de

Gefördert von der Beauftragten der
Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration und der
Bundeszentrale für politische Bildung



© Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung